

# Argument der Woche

## G20: Trauerspiel in London

6. April 2009

Sichtbares Ergebnis des G20-Krisengipfels in London ist das Gruppenfoto der Staatschefs. Alles andere bleibt vage oder geht in die falsche Richtung. Anstatt die Vereinten Nationen zu stärken, soll der Internationale Währungsfonds (IWF) über eine halbe Billion Euro zusätzlich erhalten. Der IWF hat jedoch vor allem Erfahrung damit, ganze Länder mit seinen Auflagen in den Würgegriff zu nehmen.

Die G20-Staatschefs blenden aus, dass wir vor den Trümmern eines entfesselten Kapitalismus stehen. Millionen Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz, ihre Ersparnisse und ihre Zukunft. Die Umverteilung von unten nach oben hat den Reichtum in den Händen weniger konzentriert. Ein großer Teil davon wurde zum Zocken im Casino-Kapitalismus eingesetzt. In Deutschland haben CDU/CSU und SPD diese Spekulationen ermöglicht und gefördert. Für DIE LINKE ist klar: Wir zahlen nicht für eure Krise. Bezahlen sollen jene, die für die Krise verantwortlich sind.

### **DIE LINKE fordert:**

#### ▪ **Steueroasen austrocknen:**

Die G20 benennen gerade mal vier Steueroasen und halten das für einen Erfolg. Eine solche Alibi-Liste reicht nicht. Notwendig ist ein automatischer Informationsaustausch zwischen Finanzämtern verschiedener Länder. Nur so kann die Steuerflucht eingedämmt werden. Staaten, die weiter Geschäfte mit Steuerflucht und Bankgeheimnis machen, muss der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten gesperrt werden.

#### ▪ **Hedgefonds verbieten:**

In London wurde nur eine bessere Aufsicht für Hedgefonds beschlossen. Das reicht nicht. Denn Hedgefonds gehen Risiken ein, für die andere zahlen. Zum Beispiel Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Unternehmen von Hedgefonds gekapert, ausgeweidet und zu Grunde gerichtet werden. Um dies zu beenden, müssen Hedgefonds ebenso wie Spekulationen mit Währungen und Rohstoffen verboten werden.

#### ▪ **Großbanken und Rating-Agenturen verstaatlichen:**

Großbanken gehören zu den Hauptverursachern der Krise. Ihre Verstaatlichung ist die geeignete Lösung. Sie sichert die öffentliche Kontrolle der zur Verfügung gestellten Steuergelder. Rating-

Agenturen bewerten die Kreditwürdigkeit von Banken und Unternehmen. Um ihren Kunden zu gefallen, haben Rating-Agenturen „Wertpapiere“ hochgejubelt, die eigentlich Giftpapiere waren. Die Verstaatlichung der Rating-Agenturen ermöglicht transparente und unabhängige Bewertungsverfahren.

#### ▪ **Schattenbanken schließen:**

Banker gründeten Schattenbanken, um keine Rechenschaft über ihr Zocken mit Kreditkettenbriefen und anderen Giftpapieren ablegen zu müssen. Künftig müssen diejenigen bestraft werden, die außerhalb von Bilanzen Schattenbanken betreiben.

#### ▪ **Bonuszahlungen wegsteuern:**

Bonuszahlungen haben Banker zu einem Verhalten angespornt, das Banken ruiniert und ganze Volkswirtschaften an den Rand des Abgrunds treibt. Nach US-Vorbild sollten unangemessene Bonuszahlungen für Banker mit Strafsteuern belegt werden. DIE LINKE fordert eine 80-Prozent-Steuer auf alle Einkommen in der Finanzbranche, die über 600.000 Euro hinausgehen.

#### ▪ **Börsenumsatzsteuer wieder einführen:**

Um Spekulationsblasen vorzubeugen, sollten Finanzgeschäfte international mit Steuern belegt werden. In Deutschland muss die Börsenumsatzsteuer endlich wieder eingeführt werden.

### **G20**

Zu den G20-Ländern gehören 19 Staaten und die Europäische Union (EU). Entwicklungsländer sind nicht dabei. Dennoch beanspruchen die G20, für das gesamte internationale Finanzsystem zuständig zu sein. Mitglieder der G20 sind neben der EU Argentinien, Australien, Brasilien, die Volksrepublik China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, die Türkei, Großbritannien und die USA.